In diesem Bericht 8
erfahren wir, wie sich die Bedingungen in Braunschweig während des Krieges bis 1918 verschärften und warum die Arbeiterschaft keinen anderen Ausweg als die Revolution sah. Der dritte große Streik war der

Generalstreik in Braunschweig

Die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung hatte sich mit zunehmender Dauer des Krieges erheblich verschlechtert. Nicht nur, dass die Lebensmittelrationen gesenkt wurden, auch die sozialen Leistungen in den Betrieben wurden eingeschränkt. In den sich ausbreitenden revolutionären Kämpfen wurde in immer größerem Maße die Forderung erhoben, diesen Krieg sofort zu beenden.

Der Sturz des Zarismus in Russland beschleunigte in Deutschland den Revolutionsprozeß und trug dazu bei, dass sich viele Arbeiter den verschiedensten oppositionellen Gruppen anschlossen. Es kam zur Gründung der USPD, der sich auch die Spartakusgruppe in Braunschweig, unter Vorbehalt der politisch-ideologischen Selbständigkeit, anschloß. Fast die gesamte Organisation der SPD schloss sich der USPD an. Die Beiträge wurden nicht mehr an den Parteivorstand abgeführt.

Eine große Bedeutung hatte während dieser Auseinandersetzung der Kampf um den „Volksfreund“. Im April 1917 gelang es dem Parteivorstand der SPD mit juristischen Tricks den „Volksfreund“, der von Beginn an die Opposition unterstützt hatte, unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Die Zahl der Abonnenten sank von 9 993 in kurzer Zeit auf weniger als 500. Die Mieter – Partei, alle Gewerkschaften, Zentralbibliothek und Jugendheim kündigten die Mietverträge und zogen aus.

Diese Ereignisse waren das unmittelbare Vorspiel zum Generalstreik 1917 in Braunschweig.

Die Forderungen der Arbeiterschaft

Der Vorbereitung dieses Streiks diente auch die im Juli 1917 in Halle stattgefundene Jugendkonferenz. Hier wurden die Aufgaben der nächsten Zeit besprochen und festgelegt. Im Mittelpunkt dieser Beratungen stand die Frage der Durchführung eines politischen Massenstreiks zur Durchsetzung der Forderungen. Wie früher, so wurden auch jetzt selbstgefertigte Handzettel mit dem Aufruf zum Streik in den Betrieben verteilt.

> Weitergeben! Weitersagen!
>
> Genug des Massenmordes! Genug des Hungers!
> Genug der Unterdrückung!
> Arbeiter! Arbeiterinnen!
>
> Die gesamte werktätige Bevölkerung von Braunschweig ist am Mittwoch, den 15. August, nachmittags um 3 Uhr im Ölper Waldhaus.
>
> Friede! Brot! Freiheit!

Die ersten, die diesem Aufruf folgten, waren die auf einem Neubau der Firma Büssing beschäftigten Bauarbeiter. Unmittelbar nach ihnen schlossen sich auch die Arbeiter von Büssing, Luther, Jüdel und die anderen Betriebe dem Streik an. Insgesamt beteiligten sich die Arbeiter von 52 Betrieben ganz oder teilweise am Streik. Dem Aufruf zur Versammlung am Nachmittag des 15. August folgten etwa 5 000 streikende Arbeiter. Diese Versammlung konnte die Streikforderungen beschließen und eine Verhandlungskommission bestehend aus: R. Kugelberg, Richter, Warnecke, P. Junke **und Minna Fasshauer** wählen, bevor sie von einem großen Aufgebot von Landjägern für verboten und aufgelöst erklärt wurde.

Die Verhandlungskommission hatte den Auftrag, dem Staatsministerium folgende Forderungen zu übermitteln:

1. Einsetzung eines Ernährungsausschusses, an dem Vertreter der Arbeiter beratend, bestimmend und mit ausübender Gewalt teilnehmen.

2. Beseitigung aller Sondervergünstigungen für einzelne Schichten der Bevölkerung und gerechte Verteilung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nach gleichem Maße an die Gesamtbevölkerung.

3. Beseitigung aller Überstundenarbeit. Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Entsprechende Lohnerhöhungen. Wiedereinführung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen in den Fabriken. Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

4. Reform des braunschweigischen Landtagswahlrechtes nach einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Staatsbürger.

5. Aufhebung des Belagerungszustandes und aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie des Koalitions-rechtes. Sofortige Ermächtigung zur Herausgabe eines Blattes für die Arbeiterschaft Braunschweigs.

6. Sofortige Befreiung aller wegen politischer und militärischer Vergehen Verhafteter und Verurteilter; ebenso solcher Personen, die wegen Lebensmittelunruhen verurteilt sind.

7. Eintreten der Braunschweiger Regierung für die Anbahnung sofortiger Friedensverhandlungen auf der klar ausgesprochenen Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ohne Annexion und Kriegsentschädigung.

8. Bestimmte Zusage, dass kein am Streike in irgendeiner Weise beteiligter wegen der Streikbeteiligung gemaßregelt, zum Militär eingezogen oder strafrechtlich verfolgt werde.

Diese Forderungen wurden dem Staatsministerium von der Kommission unterbreitet, das erklärte, über die von den Streikenden beschlossenen Forderungen erst nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln zu können. Das sollte die Kommission auf einer genehmigten Versammlung am 16. August, 10 Uhr, im „Ölper Waldhaus“.

Inzwischen waren 7 000 Arbeiter in der Versammlung anwesend. Auftragsgemäß empfahl hier die Kommission die Wiederaufnahme der Arbeit. Wie sich später herausstellte, folgten dieser Empfehlung etwa 150 Arbeiter. Alle übrigen schlossen sich den Diskussionsrednern Otto Fischer, Anna Menge und Robert Gehrke an, die dazu aufriefen, die gestellten Forderungen durchzusetzen und die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Die Kommission hatte es aber vorgezogen, wieder zur Arbeit zu gehen. Der Einfluß, den diese Haltung auf die Streikenden hatte, war gering. Lediglich bei Büssing hatten etwa 500 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Auf der anderen Seite schlossen sich die Arbeiter der Jutespinnerei wie der Konservenindustrie dem Streik an. Auf dieser Versammlung fand sich niemand, der den zahlreich erschienenen Arbeitern den Abbruch des Streiks empfahl. Die Kommission war gar nicht erschienen. Robert Gehrke hatte Redeverbot.

August Merges erklärte sich erst nach langen Verhandlungen mit Schulze II, dem Leiter der politischen Polizei, bereit, zu den Versammelten zu sprechen. Sinngemäß führte er folgendes aus:

Er erfülle hier den Auftrag der Polizei und forderte zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Seine eigene Meinung zu sagen, sei ihm nicht gestattet. Aber Befehlen der Polizei brauche man erst nach der dritten schriftlichen Aufforderung nachzukommen. Da von der Polizei weder schriftlich noch mündlich der Grund zum Abbruch des Streiks gegeben worden sei, würde er selbst die Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht befolgen. Die Versammlung könne aus seiner Stellungnahme selbst die Schlußfolgerung ziehen.

Nach wie vor war die Streikfront unerschüttert.

Mit diesem Ergebnis hatten die Minister nicht gerechnet. Als die Kommission bei ihnen erschien, wurde sie abgewiesen. Noch am gleichen Tage erhielt Robert Gehrke Redeverbot. Ihm wurde folgende Verfügung des X.AK. zugestellt:

Stellvertretendes Generalkommando X. Armeekorps Abt. Abwehr B Nr. 9614	Hannover, dem 16. 8. 1917 G.

Verfügung.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 verbiete ich Ihnen im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bezirk X. AK. das Halten von Vorträgen und Reden in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen jeder Art, sowie die Bekanntgabe dieser Maßnahme unter gleichzeitigem Hinweis auf die strafbaren Folgen des Zuwiderhandelns.

Der kommandierende General
v. H ä n i s c h
General der Infanterie

Der verschärfte Belagerungszustand in Braunschweig

Wieder versuchten Militär und Polizei durch Gewalt Herren der Lage zu werden. Das Generalkommando verhängte den verschärften Belagerungszustand über Braunschweig. Alle Rüstungsbetriebe wurden unter militärische Leitung gestellt. Damit wurden die Arbeiter dieser Betriebe als zum „Heeresdienst eingezogen“ betrachtet, erhielten Wehrsold und unterstanden damit dem Militär. Die Unternehmer wurden angewiesen, den Arbeitern nur den Wehrsold zu zahlen und den Differenzbetrag bis zum Tariflohn dem Konto des X. AK zu überweisen.

Gleichzeitig wurde in Braunschweig ein außerordentliches Kriegsgericht installiert, welches am 17.8.1917 seine „Tätigkeit“ aufnahm und in Tag- und Nachtsitzungen streikende Arbeiter verurteilte.

In der Sozialistischen Jugend gestaltete Minna Faßhauer auch in den Kriegsjahren Ferienspiele für Arbeiterkinder und unternahm mit ihnen Sonntagswanderungen ins Grüne, organisierte Feste und Spiele im Wald. Auch Weihnachtsfeiern für die Jugendlichen gehörten dazu.

Es gibt die Erinnerung eines Teilnehmers an eine Wanderung in den Elm Himmelfahrt 1917, an der Hunderte teilnahmen. Ihre Marschverpflegung bestand aus einem Beutel mit Pellkartoffeln. Diszipliniert und mit Arbeiterliedern marschierten sie durch die reichen Bauerndörfer. Minna immer an der Spitze.

Quelle:
„Waschfrau-Kommunistin-Ministerin“
Braunschweigs rote Seiten, DKP, Region Braunschweig, 2009
zitiert nach: Karl Schlimme:
„Franz Kahmann erzog eine ganze Generation junger Kommunisten“
Rotfuchs/Oktober 2007, Seite 12

Schnelljustiz – Gewaltmaßnahmen

Anders können die jetzt einsetzenden Maßnahmen nicht bezeichnet werden. Sofort, nachdem auch dieser Versuch gescheitert war, die Arbeiter zum Abbruch des Streiks zu bewegen, trat das außerordentliche Kriegsgericht in Aktion.

Bereits am 18. August wurden erhebliche Strafen gegen streikende Arbeiter verhängt. Walter Roloff, Heinrich Willecke, Gustav Reimers und Kurt Garbe wurden zu insgesamt 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Allein Reimers und Garbe erhielten davon je 6 Monate.

Am Nachmittag des gleichen Tages wurden gegen Helmut Schulz, Wilhelm Hotopp, Frieda Waßmann, Olga Hagemann, Erna Lüttich, Margarethe Reichardt insgesamt 34 Monate Gefängnis verhängt. Auf diese Weise wurden mehr als 200 Arbeiterinnen und Arbeiter in wenigen Tagen zu Strafen zwischen 1 Woche und einem Jahr verurteilt.

Um den Streik zu brechen, wurden seitens des GKdO auch andere Mittel zur Anwendung gebracht. Viele der GKdO als Arbeits-Soldaten verpflichteten Arbeiter wurden aus ihrer Umgebung und ihren Familien gerissen und in andere Betriebe, vielfach jedoch zur Arbeit in andere Städte kommandiert.

Selbst als der Streik beendet war, blieben viele der Gewaltmaßnahmen bestehen. So verpflichteten sich die Unternehmer von 52 Braunschweiger Betrieben auf Betreiben des GKdO dazu:

1. Den jetzt bei ihnen als Arbeiter-Soldaten weder direkt noch indirekt einen Zuschuß zu ihrem Wehrsold zu zahlen.
2. Den über den Sold hinausgehenden Verdienst bis zum Tariflohn auf das Konto des GKdO zu zahlen.
3. Den durch diese Regelung entstehenden Lohnausfall auch nicht nachträglich zu vergüten.
4. Listen „über notorische Störenfriede“ anzulegen und die hier namhaft gemachten Arbeiterinnen und Arbeiter für mindestens zwei Monate in ihren Betrieben nicht einzustellen.

Allen voran unterschrieb I. A. Schmalbach diese Vereinbarungen. Die Arbeiter produzierten in den Betrieben Ausschuß in Massen, so dass diese Maßnahme nach einiger Zeit stillschweigend außer Kraft gesetzt wurde. So gelang es im Sommer 1917 den vereinten Anstrengungen der Unternehmer und des GKdO die „Ruhe“ in Braunschweig herzustellen.

Obwohl die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen wurde und die Arbeiterschaft ihre Forderungen diesmal nicht durchsetzen konnte, findet dieser Generalstreik im August 1917 in der Reihe jener Kämpfe Platz, bei denen die Braunschweiger Arbeiterschaft in vorderster Front des antimilitaristischen Kampfes in Deutschland stand.

Novemberrevolution 1918

Gegen Ende des Jahres 1918 bereitete sich die Arbeiterschaft in Braunschweig auf den fünften Kriegswinter vor. Die Versorgung mit Lebensmitteln, wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs und Brennmaterial hatte sich mit jedem weiteren Kriegsjahr zusehends verschlechtert. Auch die sozialen Leistungen der Betriebe waren immer weiter reduziert worden. Der Schwarzhandel blühte.

Anfang November kursierten Gerüchte in der Stadt. Für den 3. November hatten die Spartakisten eine Protestversammlung auf dem Leonhardplatz organisiert, bei der Merges Hauptredner war. Im Laufe des 6. November 1918 erreichten die ersten Matrosen aus Kiel und Wilhelmshaven kommend Braunschweig und wurden von Merges empfangen.

Kohlrübenwinter

„Die breite hungernde Masse, die aß weiter nichts als Steckrüben. Ob das Marmelade war, die war voll Steckrüben, oder ob das Wurst war, die war voll Steckrüben."

Pro Kopf und Tag:

„3 Scheiben minderwertiges, vornehmlich aus Kohlrüben gefertigtes Brot
19 Gramm Fleisch und Wurst, die mit Sägespänen gemischt war
7 Gramm Margarine"

Braunschweig 1918
„Illustrierte Zeitung zur Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung"

Zur gleichen Zeit im Schloss:

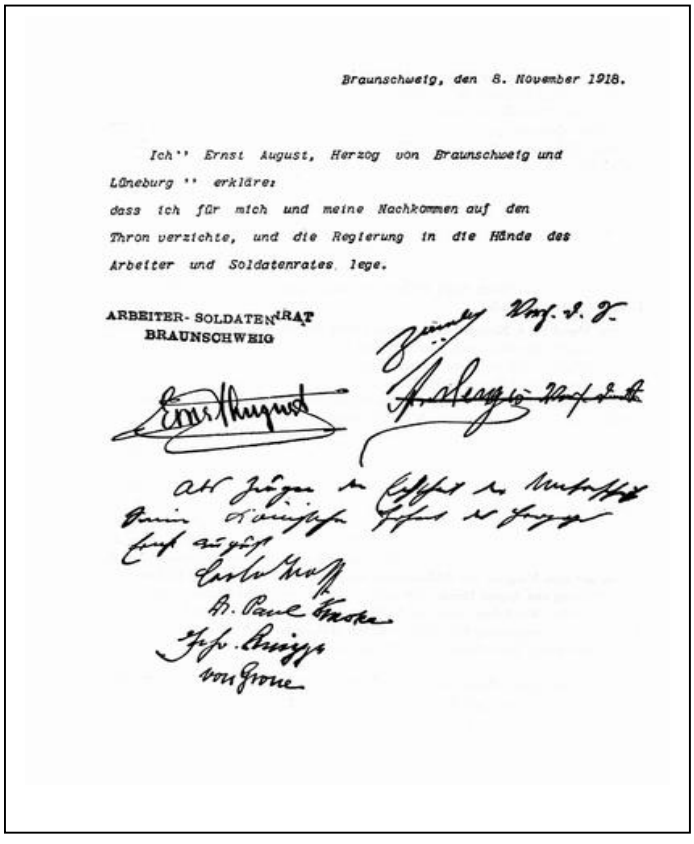
„Aus ihrem persönlichen Vermögen (Schatulle) – jährlich 68.000 Mark ohne Zinseinkünfte und Vermögensübertragung – konnte Victoria Luise 1917 so genannte Gnadengeschenke, vor allem also Spenden für Bedürftige, etwa **3.500 Mark** ausgeben, während sie **12.000 Mark für ihre Garderobe** aufwendete.

1915 hatte sie noch etwa **5.000 Mark** für solche Gnadengeschenke und **24.500 Mark für ihre Garderobe** aufwenden können."

Zitiert nach Gerd Biegel u.a.:
„Victoria Luise Kaisertochter, Herzogin und Braunschweiger Bürgerin"
S. 140: Wulf Otte: „Herzogin Victoria Luise – braunschweigische Landesmutter 1913-1918"
Joh.Heinr.MeyerVerlag,1992

Während des Abends kam es zu ersten Unruhen. Am 7. November 1918 zog eine große Menschenmenge durch die Stadt, das Gefängnis Rennelberg wurde gestürmt und Gefangene befreit, Revolutionäre besetzten den Braunschweiger Bahnhof, die Post sowie die Schlosswache, diverse Amtsgebäude wie das Polizeipräsidium in der Münzstraße, Arbeiter bei Büssing und anderen Fabriken wurden mobilisiert. Tausende standen von der Münzstraße bis zum Hagenmarkt. Fast die gesamte Braunschweiger Garnison lief zu den Aufständischen über.

Am 8. November 1918 gingen erneut Tausende auf die Straße. Im Laufe des Tages versammelten sich zwischen Ackerhof und Schlossplatz ca. 20.000 Menschen und warteten, dass etwas geschehe. Während Merges gegen 10 Uhr von einem Balkon des Volksfreunde-Hauses zur Menge sprach, wurde auf dem Schloss die Rote Fahne gehisst (siehe auch *„Die rote Fahne über dem Braunschweiger Schloss" Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig. Hermann Wallbaum erzählt.* In: *Baustein zur Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung*, Selbstverlag, Braunschweig ca. 1978.) Am Nachmittag ging eine Abordnung unter Merges Führung in das Schloss zu Herzog Ernst-August und forderte ihn zur Abdankung auf. Nach kurzer Bedenkzeit und nach Beratung mit seinen Ministern unterzeichnete dieser die Urkunde. Er verließ Braunschweig am folgenden Tage zusammen mit seiner Familie nach Gmunden ins österreichische Exil.



Braunschweig, den 8. November 1918.

Ich" Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg " erkläre:
dass ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter und Soldatenrates lege.

ARBEITER- SOLDATENRAT
BRAUNSCHWEIG

Die Revolution marschiert
Plakate aus dem Volksfreund sh. Anhang

Sozialistische Republik Braunschweig

Am 10. November wurde unter Führung von August Merges die „Sozialistische Republik Braunschweig“ ausgerufen, die von nun an unter der Herrschaft der Volkskommissare (Spartakus und USPD) stand. Diese wurden von Sepp Oerter geführt.

Minna Fasshauer von der Spartakusgruppe übernahm in der sozialistischen Republik Braunschweig als erste Frau in Deutschland ein Ministeramt.

Zum Schutz der neuen Regierung wurde die „Rote Garde” geschaffen.

Weil zwischen den Massen und der hier außergewöhnlich starken Linken viele Übereinstimmungen bestanden, lief die Revolution von 1918 in Braunschweig - bis auf sehr wenige Ausnahmen - unblutig ab.

Die Pläne der linken Räte, die Industrie zu sozialisieren und unter die Aufsicht der Arbeiterschaft zu stellen, führten im Dezember 1918 zur Politisierung des bürgerlichen Lagers und schließlich zur Bildung des „Landeswahlverbandes”, in dem Bürgertum und Industrie ihre Interessen vertraten und mit Nachdruck die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung forderten.

Ende Dezember 1918 wurde schließlich ein Landesparlament gewählt. Die Wahl endete für die USPD unbefriedigend, denn obwohl sie stärkste Partei im Stadtgebiet wurde, konnte sie auf dem Land nicht an diese Ergebnisse anknüpfen, während das bürgerliche Lager sich konsolidiert hatte.

Die MSPD unter Heinrich Jasper trat mit 17 von 60 Sitzen als stärkste Partei im Parlament wieder in Erscheinung.

Im Januar 1919 folgten wieder Demonstrationen.

Die im Februar verabschiedete Vorläufige Verfassung leitete schließlich den Weg zum parlamentarischen Staat ein, was zu heftigen Unruhen und zur Spaltung der USPD führen sollte, zu deren aktiven Mitgliedern zu dieser Zeit auch Otto Grotewohl gehörte.



An Alle!

Der Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig gibt nachstehend die von ihm in der Stadt Braunschweig eingerichteten Amtsstellen mit genauer Adresse bekannt. Im eigensten Interesse der Bevölkerung in Stadt und Land sowohl wie aller nachstehenden Amtsstellen bitten wir dringend um sorgfältige Beachtung. Dann werden der Bevölkerung und den Organen des Soldaten- und Arbeiterrates viele unnütze persönliche, schriftliche, telefonische Anfragen, Zeitversäumnisse, unrichtige Wege, Verzögerungen, Mißverständnisse usw. erspart und Jeder wird demgemäß sich sofort an die richtige und zuständige Stelle wenden.

Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig.
J. A.: Mößmer.

Arbeiter- und Soldatenrat
Soldatenrat Emil Schütz
Landschaftsgebäude Eiermarkt, 1 Treppe rechts
Telefon 2275 und 736. Sprechstunde 11—12.

Präsident der sozialistischen Republik
August Merges
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 102
Tel. 4545—49 Nebenstelle 10. Sprechst. 11—12.

Volkskommissariat für Inneres u. Finanzen
Sepp Oerter
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 102
Tel. 4545—49 Nebenstelle 10. Sprechst. 11—12.

Volkskommissariat für revol. Verteidigung
Soldatenrat Rosenthal
Schloß (Bohlweg), Eingang Nordseite
Telefon 1114. Sprechstunde 11—12.

Volkskommissariat für Verkehr und Handel
Michael Müller
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 110
Tel. 4545—49 Nebenstelle 8. Sprechst. 11—12.

Volkskommissariat für Recht
August Junke
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 105
Tel. 4545—49 Nebenstelle 13. Sprechst. 11—12.

Volkskommissariat für Arbeit
Karl Eckardt
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 110
Tel. 4545—49 Nebenstelle 8. Sprechst. 11—12.

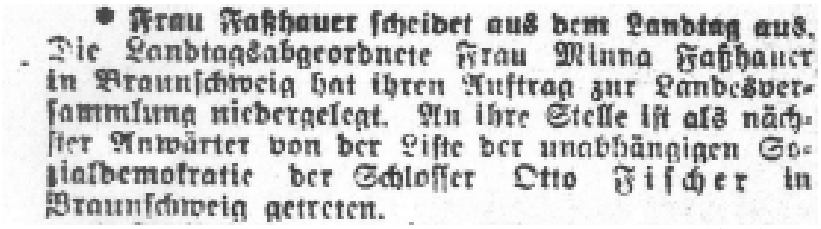
Volkskommissariat für Volksbildung
Frau Faßhauer
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 145
Telefon 4545—49. Sprechstunde 11—12.

Volkskommissariat für Ernährung
Gustav Gerecke
Neues Ministerium (Bohlweg), Zimmer 107
Tel. 4545—49 Nebenstelle 9. Sprechst. 11—12.

Volkskommissariat für die Stadt Braunschweig
August Wesemeier
Rathaus, Zimmer 46, Tel. 36, Sprechst. 11—12.

Geschäftszimmer der Roten Garde
Altes Ministerium (Bohlweg), 2 Trepp., Tel. 803.

Büro für Presse und Propaganda
Landschaftsgebäude Eiermarkt, 1 Tr. li., Tel. 736.



* Frau Kasthauer scheidet aus dem Landtag aus. Die Landtagsabgeordnete Frau Minna Kasthauer in Braunschweig hat ihren Auftrag zur Landesversammlung niedergelegt. An ihre Stelle ist als nächster Anwärter von der Liste der unabhängigen Sozialdemokratie der Schlosser Otto Fischer in Braunschweig getreten.

Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger
8. März 1919, Seite 2

Anfang April 1919 spitzte sich die Lage in der Stadt dramatisch zu.

Die Auffassung der Regierung in Berlin war: „Braunschweig war seit Ende 1918 politisch der ‚Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung und der Herd aller Schwierigkeiten für die Durchführung der laufenden Arbeiten der Reichsregierung'."

Am 9. April 1919 riefen die Spartakisten auf dem Schloßplatz Generalstreik aus. Ziel des Streiks sollte zum einen der Sturz der Koalitionsregierung in Braunschweig sein, zum anderen die Errichtung einer Räteherrschaft in ganz Deutschland. Zu diesem Zwecke wurden folgende Forderungen gestellt:

- **Alle Macht den Arbeiterräten**
- **Absetzung der „Mörder-Regierung" Ebert/Scheidemann**
- **Anschluss an die Russische Räterepublik**
- **Auflösung der Nationalversammlung und sämtlicher Landesversammlungen**
- **Bewaffnung der Arbeiterschaft**
- **Befreiung aller politischen Gefangenen**

Der Landesarbeiterrat fügte diesen noch drei eigene hinzu:

- **Sofortige Sozialisierung durch Einführung von Betriebsräten**
- **Auflösung aller Freikorps**
- **Schaffung eines Volksheeres**

Die Reichsregierung lehnte diese Forderungen mit der Begründung ab, sie seien utopisch und deshalb unmöglich umsetzbar.

Das Fernziel des Arbeiter- und Soldatenrates bestand in der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, in dem das Land Braunschweig aufgehen sollte; Nahziel war jedoch zunächst die Errichtung einer sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung im Lande Braunschweig. Am 15. November 1918 nahm der Arbeiter- und Soldatenrat einen Wahlrechtsentwurf an, der allen Personen über 20 Jahren das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht zuerkannte.

Januar 1919

Am 1. Januar 1919 (in Braunschweig im März) gründete der Spartakusbund aus der politischen Lage die Konsequenzen ziehend die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Die Braunschweiger Spartakisten besetzten die Gebäude bürgerlicher Zeitungen und erschwerten Versammlungen der bürgerlichen Parteien. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte, dass sämtliche preußischen Truppentransporte, die das Land Braunschweig durchquerten, entwaffnet würden.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin durch Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division am 15. Januar 1919 führte deutschlandweit zu teils bürgerkriegsähnlichen Unruhen, die in einigen Gebieten bis in den Mai andauerten. In

Braunschweig demonstrierten am 20. Januar 30.000 Menschen gegen den politischen Doppelmord. Die Lage in der Stadt verschärfte sich daraufhin.

Auf Befehl Eberts verhängte Noske über Braunschweig den Belagerungszustand und schickte Freikorps unter dem Befehl von General Maercker nach Braunschweig, die die Novemberrevolution niederschlugen. Die Reaktion marschierte.



Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wird hiermit über das Gebiet des Freistaates Braunschweig der Belagerungszustand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen wird der Kommandeur des Freiwilligen Landesjägerkorps Generalmajor Maercker beauftragt.

Weimar, den 18. April 1919.

Der Reichspräsident.

ges. Ebert.

Gegengezeichnet:

ges. Scheidemann. — Präsident des Reichsministeriums.

ges. Noske. — Reichswehrminister



Soldaten des Generals Maercker
mit einem Panzerauto vor dem Schloß



Gefangengenommene Revolutionäre,
wahrscheinlich Ecke Bohlweg/Steinweg

TROTZ ALLEDEM
Errungenschaften der Novemberrevolution:

O Der Feudalismus als System wurde endgültig überwunden

O Der Adel allgemein und der Herzog in Braunschweig wurde vertrieben

O Die sozialistische Republik Braunschweig wurde ausgerufen und ist damit denkbar geworden

O Minna Faßhauer wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt

Über diesen äußeren Rahmen hinaus wurde erkämpft:

1918:
- ⇨ Beseitigung der Gesindeordnung und damit Beseitigung personenbezogener Herrschaft und Willkür
- ⇨ Einführung der Arbeitszeitverordnung am 23.11.1918 incl. Einführung des Acht-Stunden-Tages,
- ⇨ Einführung von Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenhilfe durch Verordnung am gleichen Tage
- ⇨ Tarifvertragsverordnung vom 23.11.1918, d.h. Vorrang des Tarifvertrags vor Einzelarbeitsvertrag
- ⇨ Generelle Notwendigkeit der Bildung von Arbeiterausschüssen (23.11.1918)
- ⇨ Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der abhängig Beschäftigten
- ⇨ das allgemeine Wahlrecht / Frauenwahlrecht
- ⇨ Koalitions - und Versammlungsfreiheit
- ⇨ Kündigungsschutz, Arbeitsschutzbestimmungen, Mutterschutz
- ⇨ Abschaffung der Zensur

1920:
- ⇨ Betriebsrätegesetz: Arbeitgeber nicht mehr unbeschränkter „Herr im Haus“

1923:
- ⇨ Schlichtungsverordnung (bei nicht-gütlicher Einigung der Tarifvertragsparteien „Zwangstarif“ des Staates)

1926:
- ⇨ Arbeitsgerichtsgesetz löste die Arbeitsgerichtsbarkeit ab der zweiten Instanz aus Land- und Reichsgericht und schuf dem Arbeitsleben entsprechende eigene Strukturen.

Die Arbeiter und Soldaten, die im November 1918 gegen Krieg und Imperialismus aufstanden, schufen Tatsachen, die bis heute und noch weit in die Zukunft wirken werden. Sie müssen schon wieder verteidigt werden.

Wie es weiter geht mit der Politik der Reaktion und wie mit Minna Faßhauer umgegangen wurde ist kommende Woche zu lesen in

Bericht 9

Heide Janicki